

Berlin, 18.04.2019

Bauernblatt für Schleswig-Holstein und Hamburg WPSEU 102/2019

Frage 1:

Wie werden Sie die Gemeinsame Agrarpolitik als Stabilitätsfaktor für die Landwirtschaft zukünftig gestalten und weiterentwickeln? Wie stehen Sie zu Direktzahlungen und Greening?

Antwort: Die SPD setzt sich ganz klar für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein. Tier-, Natur- und Klimaschutz, die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wahrung ökologischer und sozialer Standards müssen in Zukunft stärker die Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft sein. Wir fordern eine Wende bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Das Ziel ist nicht die Kürzung der Agrarförderung, sondern deren Bindung an Kriterien, die den Menschen in den ländlichen Betrieben, den ländlichen Regionen sowie dem Tier-, Klima- und Umweltschutz zugutekommen und somit einen Mehrwert für die gesamte Gesellschaft darstellen. Wir wollen, dass das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ umgesetzt wird. Das bedeutet, dass LandwirtInnen künftig in erster Linie für Umwelt-, Klima- oder Tierschutzleistungen, die über dem gesetzlichen Maß liegen, bezahlt werden. Unser Ziel ist es, mindestens 30 % der Gelder in der 1. Säule dafür verbindlich zu reservieren. Gleichzeitig fordert die SPD eine EU-weit einheitliche, verbindliche Deckelung der bisherigen Direktzahlungen.

Wir fordern außerdem eine faire Unterstützung der JunglandwirtInnen, eine stärkere Stützung der ersten Hektare und die Förderung der benachteiligten Gebiete. Umschichtungen zwischen den Säulen dürfen ausschließlich von der 1. Säule in die 2. Säule gewährt werden. So machen wir die Landwirtschaft und die ländlichen Räume noch zukunftsfester - mit einem Beitrag zum Klima-, Umwelt- und Tierschutz und einer faireren Bezahlung der LandwirtInnen.

Frage 2:

Welche Strategie verfolgen Sie bei der Erfüllung der Klimaschutzziele der EU hinsichtlich der Landwirtschaft? Wie können ambitionierte Zielvorgaben im Bereich Klimawandel, Naturschutz und Tierproduktion umgesetzt werden, ohne dass dies zu Betriebsaufgaben in der Landwirtschaft führt?

Antwort:

Wir stehen dafür, dass die Leistungen für Umwelt-, Klima- und Tierschutzziele von Deckelungsgrenzen unberührt sind, denn hier zählt jeder Hektar. Wir fordern, dass Flächen mit großem Nutzen für Umwelt und Klima, wie etwa Grünland, zukünftig besser honoriert werden. Um Maßnahmen für den Naturschutz im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu honorieren, kämpfen wir für eine Mittelbindung für Umwelt-, Klima- und Tierschutz in der ersten und zweiten Säule.

In der zweiten Säule setzen wir auf bewährte Programmstrukturen, die Mehrwertleistungen der LandwirtInnen mit der Entwicklung des ländlichen Raums kombinieren. Auch hierfür wollen wir mindestens 30 % der Mittel in der zweiten Säule binden. Darüber hinaus wollen wir den Öko-Landbau stärken und ausreichend Finanzmittel für eine wachsende Branche sicherstellen.

Außerdem wollen wir der Konzentration von Agrarland und Saatgutrechten in der Hand landwirtschaftlicher Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren wirkungsvoll entgegenzutreten.

Als SPD setzen wir uns zudem weiter dafür ein, dass es strenge und verbindliche Haltungsvorgaben für alle Nutztiere gibt und dass diese dementsprechend auch umgesetzt werden. Bei einer Nicht-Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben müssen entsprechende Sanktionen folgen. Generell setzen wir uns bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik dafür ein, dass der Tierschutz einen hohen Stellenwert einnimmt. Für Umwelt-, Klima- und Tierschutz ist es gleichermaßen wichtig, dass die Nutztierhaltung flächengebunden ist.

Frage 3:

Welchen Umgang mit dem Wolf und seinem Schutzstatus halten Sie für richtig?

Antwort:

Der Erhaltungszustand des Wolfes sollte nicht nur auf nationalstaatlicher sondern auf europäischer Ebene bewertet werden. Im Herbst 2019 wird die EU-Kommission nach aktuellen Zahlen der Mitgliedstaaten eine Neubewertung des Erhaltungszustands vornehmen. Die Mitgliedstaaten können bereits jetzt im Einklang mit der Habitatrichtlinie geeignete Maßnahmen ergreifen, um Konflikte mit dem Wolf zu reduzieren.

Frage 4:

Viele Landwirte klagen über Schäden durch Gänsefraß. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Antwort:

Das Thema Gänsefraß ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Der erste Schritt muss ein, dass ein runder Tisch einberufen wird, der mit Bauern und Bäuerinnen, JägerInnen und VogelschützerInnen ausgeglichen besetzt ist. Die Lösung kann nur vor Ort gelingen. Der nächste Schritt kann dann in Abstimmung erfolgen: Häufig vorkommende, nicht gefährdete Gänsearten, z.B. die Graugans, zu vergrämen und oder zu bejagen. Dies ist für JägerInnen eine sehr große Aufgabe, bei der sie dringend praktische Unterstützung und auch den Rückhalt der VogelschützerInnen brauchen. Bei geschützten Arten erlaubt das Gesetz ausschließlich die Vergrämung. Wichtig ist es, beide Seiten an den gleichen Tisch zu bringen, denn der Ausgleich zwischen Naturschutz und Naturnutzung stellt eine große Herausforderung dar. Zudem werden die Mitgliedstaaten im „Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft“ aufgefordert, geeignete Maßnahmen für die Hauptprobleme der Umsetzung der Naturschutzrichtlinien aufzustellen.

Frage 5:

Welche Änderungen sollten am Erneuerbare-Energien-Gesetz künftig vorgenommen werden, um dieses vor Ort besser umsetzen zu können?

Antwort:

Dies ist ein deutsches Gesetz und betrifft die EU-Ebene dementsprechend nicht.

Frage 6:

Wie stehen Sie zur modernen Landwirtschaft, der Weiterentwicklung von Züchtungsmethoden und dem verantwortungsvollen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln?

Antwort:

Wir stehen für eine moderne Landwirtschaft, die nicht nur gesunde Lebensmittel produziert, sondern gleichzeitig verantwortungsvoll mit Umweltressourcen umgeht. Dabei ist das Vorsorgeprinzip Leitfaden unseres Handelns. Wir wollen keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa. Das Vorsorgeprinzip gilt auch für neue Züchtungsmethoden der Gentechnik wie CRISPR/Cas. Eine diesbezügliche Aufweichung der EU-Regelungen lehnen wir ab. Pflanzenschutzmittel müssen mit Bedacht und nur dort eingesetzt werden, wo es wirklich nötig ist. Wir wollen, dass in ganz Europa nach 2013 endlich Schluss mit Glyphosat ist. Auch weitere Neonikotiniode, die nicht vom jüngsten EU-Verbot betroffen sind, gehören auf den Prüfstand. Den Schutz von Bienen und anderen Bestäubern sehen wir als zentrales Versprechen an die nächste Generation.